



Nr. 288. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 24. Juni 1878.

## Deutschland.

Berlin, 22. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Reichs den bisherigen Wasserbau-Bevirs-Jingeneur Willigeroth zu Meß zum Kaiserlichen Regierungs- und Baurath mit dem Amtscharakter als Wasser-Bau-Director in der Verwaltung von Elsass-Lothringen ernannt.

Se. Majestät der König hat dem ordentlichen Professor Hofrat Dr. August Grisebach in Göttingen den Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen.

Vorstet sind: der Appellationsgericht-Rath Schütze in Görlitz in gleicher Amt-Eigenschaft an das Appellationsgericht in Breslau, der Kreisgerichts-Director Schellbach in Kaukem an das Kreisgericht in Posen und der Kreisgerichts-Rath Schröter in Wittenberge als Stadigerichts-Rath an das Stadtgericht in Breslau. Der Rechtsanwalt und Notar Lindinger in Schneidemühl ist gestorben.

Berlin, 20. Juni. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte gestern zum ersten Male eines Allerhöchstes Instituts, und zwar das Augusta-Hospital, in Begleitung Sr. Königlichen Hohheit des Großherzogs von Baden.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags 11 Uhr im Neuen Palais bei Potsdam den Vortrag des Civil-Cabinets entgegen, kehrte um 4 Uhr Nachmittags nach Berlin zurück und empfing demnächst den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck. Abends um 9 Uhr wurde von Höchstenselben der General der Cavallerie v. Pobbelki empfangen. (R.-Anz.)

= Berlin, 23. Juni. [Congressverhandlungen.—Congresslichkeit.] In der gestrigen Congresssitzung ist, wie wir gemeldet haben, die Frage der Begrenzung des neuen Bulgarien zum Abschluß gelangt. Die nächste Sitzung, welche auf morgen — Montag — 2 Uhr Nachmittags anberaumt ist, wird sich mit der weiteren Ausführung der geistigen Beschlüsse zu beschäftigen haben, dahin gehört zunächst die wichtige und äußerst schwierige Festungsfrage, welche naturgemäß eine Reihe von militärischen Punkten im Gefolge hat, deren jeder sachmässig erwogen werden muß. Im Anschluß hieran soll die Frage der künftigen Regierung Bulgariens geordnet werden und hier wünscht man nach zwei Richtungen hin zu wirken. Die Regierung möchte man unter den Einstuf der europäischen Mächte stellen, wie wir dies neulich bereits angedeutet haben; und hierfür sind namentlich Frankreich und England eingenommen — während die eigentliche Provinzial- und Gemeinde-Verwaltung in die Hände bulgarischer beziehungsweise griechischer Elemente gelegt werden soll. —

Im Großen und Ganzen ruhen auch heute wie am vergangenen Sonntag die Vorbesprechungen. Nicht ohne Spannung sieht man der Willensänderung des Kaisers von Russland über einzelne Punkte der erzielten Abmachungen entgegen, zu deren Einholung der Oberst Bogoljubow nach Petersburg gesandt worden ist. Es handelt sich, wie gesagt, nur um einzelne Fragen, so namentlich darum, ob und in wie weit auch über die Stärke der türkischen Garnisonen in Südbulgarien Stipulationen zu treffen wären und dergl. Dinge mehr, bei denen vorwiegend militärischem Charakter man geglaubt hat, lauf die kaiserliche Entscheidung zurückgreifen zu müssen. Die russischen Bevollmächtigten zeigen übrigens keineswegs Niedergeschlagenheit über die erzielte Vereinbarung und betonen, daß diese letzteren in keiner Weise einen Rückzug Russlands bedeuten. Im Gegenthell versichern sie, durch die gemachten Zugeständnisse einen Beweis ihrer Friedfertigkeit gegeben zu haben, dessen die Bulgaren wohl dauernd eingedenk bleiben würden; übrigens würde man später erfahren, daß auch ihnen Gegencessionen von erheblichstem Belang gemacht worden seien. — Die Abgrenzung der „griechischen Interessen“ und die den Griechen zu gewährenden Forderungen werden noch zu manchen Weiterungen führen; auch hier wird man gut thun, die Dinge nicht so leicht zu nehmen, werden sich dieselben auch nicht zu einer „griechischen Frage“ aufzusuchen, so werden doch hier noch manche Gegenseite auszugleichen sein. In Bezug auf das bereits Erreichte hätte, nach übereinstimmenden Angaben von verschiedenen Seiten, Fürst Bismarck eine eminente Thätigkeit entfaltet, welche wegen ihres Eifers und ihrer Unermüdblichkeit Bewunderung findet. Der Fürst hat namentlich gegenüber den Engländern seinen ganzen Einfluß geltend gemacht und vorgestern und gestern Stunden lang mit Lord Beaconsfield konferirt, der dann im engsten Familienkreise des Fürsten diente. Übrigens wird es bezweifelt, daß Lord Beaconsfield demnächst Berlin verlassen wird, da derselbe mehrere englische Beamte hierher zum Vortrag beschieden hat, woraus man schließt, daß derselbe länger hier verweilen wird. Man erwartet allgemein, daß in der morgenden Congresssitzung die Hinzuziehung des oder der griechischen Bevollmächtigten belichtet werden wird. — Der gestrige Sitzung folgten einige Feierlichkeiten. Die Mehrzahl der Congressmitglieder (die Fürsten Bismarck und Gortschakoff ausgenommen) erschienen bei dem Fest im zoologischen Garten und konnten hier wenigstens einmal ein heiteres Bild des Berliner Lebens gewinnen. Zwischen 20- und 30.000 Menschen waren hinausgestromt, die Congressmitglieder zu sehen, die sich auf reservirten Plätzen niedergelassen hatten. Die österreichischen, französischen, italienischen und türkischen Bevollmächtigten waren mit ihrem ganzen diplomatischen Gefolge und von den Engländern der Marquis von Salisbury und Lord Odo Russell erschienen; von deutschen Diplomaten sah ich den Fürsten Hohenlohe, den Staatssekretär von Bülow, den Geheimrat von Radowiz, von jüngeren Diplomaten den Grafen Herbert Bismarck, Herrn v. Mory u. A. Der Garten war vielfach mit Fahnen und Bannern in den Farben der Congressmächte drapiert, 5 Militärmusikcorps concertirten, die Aufführung der Nationalhymne der verschiedenen Nationen wurde stürmisch applaudiert, die preußische (Heil dir im Siegerkranz) mußte dreimal wiederholt werden. Ein Herr erschien vor dem Orchester und brachte ein Hoch auf den Kaiser Wilhelm, das mit unbeschreiblichem Enthusiasmus aufgenommen wurde. Um 10½ Uhr begann die Soirée bei dem französischen Botschafter St. Vallier, es waren 160 Personen eingeladen, der Botschafter und der Minister Waddington machten die Ehre. Außer Bismarck und Gortschakoff waren die Congressmitglieder volljährig erschienen. Unter den Geladenen befanden sich auch sämtliche hier anwesenden französischen und englischen Journalisten, sowie ein Wiener und Berliner Journalist, von denen der eine für das „Journal de Débats“, der andere für den Pariser „Figaro“ schreibt.

△ Berlin, 23. Juni. [Christlich-Sociale, Christlich-Conservative und dergleichen.] Der Anhang, den die Herren Hofprediger Stocker und Genossen als conservativen Generalstab um

sich sammeln, wird immer reichhaltiger an sonderbaren Existenzen. Die vor einigen Tagen stattgefundenen constitutende Versammlung des „conservativen Centralvereins für Berlin“ legte davon Zeugnis ab. Das Local war zu klein, die Mitglieder des neuen Vereins zu fassen, dessen Statuten, wie ihr Verfasser Schwarz, Pfarrer der St. Simons-Gemeinde, erläuterte, um deshalb nur Christen und keine Juden zuläßt, weil es in der Welt keinen einzigen conservativen Juden giebt. Der aus 6 Personen bestehende Vorstand wurde (außer dem Pfarrer Schwarz) vorzugsweise aus des verstorbenen M. Ant. Niendorf agrarischen Stadtagitiatoren erwählt. Niendorf hatte von der alten Jacobsstraße aus, wo seine „Deutsche Landeszeitung“ verfaßt und gedruckt wurde, die Luisenstadt durch Versammlungen und Vereinigungen zu erobern unternommen. Als es mit dem bloßen Reformverein nicht mehr ging, stellte er einen deutschen Reformverein her, zu welchem er auch Kunstmaler und Schriftsteller und radicale „Demokraten“, die bei allen Parteien vergebens Befriedigung ihres Chrizeits gesucht hatten, als Redner einlud. Die eigentliche Machinerie hatten aber immer die Schriftsteller und Schriftsteller der „Allgemeinen Landeszeitung“ in Händen. Niendorfs Nachfolger in der Redaction, Dr. Neumann und der Druckereifactor Weber, der mit der Druckerei und deren Besitzern zufolge Besitzwechsels sich allmälig vom Socialisten zum Agrarier und Christlichen umhäute, wurden in den Vorstand des Centralvereins erwählt. Zwei Redactoren der „Post“ wurden, weil sie Herrn Stocker und seine von socialdemokratischen Angestellten rechtzeitig zu Christlich-socialen Beamten bekamen Gehilfen Küster und Grüneberg angriffen, aus dem Verein sofort ausgestoßen. Der Antragssteller war ein angehender Polizeibeamter von Lebus.

Bei dieser Gelegenheit erfuhr man durch einen Prediger Ballon von der Invalidenhauskirche, daß die Bekämpfung des Socialdemokraten Grüneberg nicht wie bei Küster dem Plötzensee Gefangenprediger, sondern vielmehr dem Missionsdirector Wangemann, dem berühmten Berliner Leiter der Zulufasserebekämpfung zu danken sei. Die Thätigkeit des Dr. Wangemann auf diesem neuen Gebiete ist gewiß erfreulich. Wenn er künftig die 30,000 bis 40,000 Thlr., die er alljährlich (monatlich in den an Analphabeten reichsten Kreisen Hinterpommerns) für die Zulufassern zu sammeln versteht, im Lande ließe und auf Socialdemokraten-Bekämpfung verwendete, so könnte er vielleicht Großes durchsetzen. Die Hosprediger Dr. Baur und Stocker waren ebenfalls anwesend, hatten sich aber schon entfernt, als die Angriffe auf Christlich-sociale durch die Postredactoren erfolgten, denen das entseßliche Wort zugedonnert wurde, daß die Freiconservativen ins fortgeschrittenen Lager gehörten. Von sonstigen Berliner Größen zeigten sich u. A. der Fabrikant Hefels, jener locale Schutzgolligator, der am 10. Jan. 1877 die Tuch- und Shawlweber verführte, im 4. Bezirk den (Schutzgollnerischen) Socialdemokraten Fritzsche zu wählen und der deshalb aus dem Nationalliberalen Verein für Berlin entfernt wurde zu dessen Vorstandsmitgliedern er einst gehörte; jetzt ist er christlich-socialer Conservativer! nicht bloß anwesend war, sondern selbstverständlich redete auch der große Eduard Krämer, einst Held's Genosse und Nachfolger in der Redaction der „Staatsbürgerzeitung“, dann Begründer und Chef des socialistischen Radicalreformvereins. Bei der Abgeordnetenhauswahl 1873 hatte er es im II. Landtagswahlkreise Berlins zum Wahlmann gebracht und wählte abweichend von sämtlichen übrigen 760 Wahlmännern zum ersten Abgeordneten sich selbst, zum zweiten Dr. Johann Jacobi. Bei der Reichstagswahl 1874 hatte er für seine besondere Spielart Socialdemokratie in allen Wahlkreisen einige Stimmen zusammengebracht, die ihn wählten, im IV. sogar 116 und im VI. 506. Bei den letzten Wahlen ist er nicht hervorgetreten, — allein jetzt ist er Mitglied des christlichen conservativen Centralvereins. In der neulichen Versammlung hatte er das Verdienst, feststellen zu lassen, daß die Candiaturen der Christlich-Socialen von den christlichen Conservativen trotz der fast einstimmig beschlossenen Fühlung nicht ohne Weiteres acceptirt würden. Der Vorsitzende, Kaufmann Schlunk, aus der alten Jakobsstraße, erklärte unter stürmischen Beifall, sein Kandidat sei Molte.

■ Berlin, 23. Juni. [Wahlprogramm der Regierung.—Graf Stolberg und Fürst Bismarck.] Vor einiger Zeit wurde dem „Pester Lloyd“ von hier telegraphirt, man erwarte eine Kundgebung der deutschen Regierung über ihre Stellung zu den wirtschaftlichen Fragen, welche die Gegenwart bewegen, eine Kundgebung, die zugleich als eine Art Wahlprogramm dienen sollte. Durch die Mitteilungen, welche aus den letzten Ministerberathungen in die Öffentlichkeit gelangen, findet diese Nachricht ihre Bestätigung. Die Regierung will allerdings noch vor den Wahlen mit Erklärungen hervortreten, die keinen Zweifel darüber lassen, wie sie über Schutzölle, Tabakmonopol, indirekte Steuern und über einige von conservativer Seite beantragte Änderungen der Gewerbeordnung denkt. Eine Formulirung scheint dafür noch nicht gefunden zu sein, doch wird man wohl nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß in den meistens Punkten eine Uebereinstimmung mit dem Programm der Deutschconservativen besteht. — Die „Köln. Blg.“ brachte vor einigen Tagen einen Artikel, in welchem sie an den neuen Vicepräsidenten des Ministeriums, den Grafen Stolberg, die Aufforderung richtete, der gute Rathgeber des Fürsten Bismarck zu sein und in welchem sie allerdings beide Männer in einen gewissen Gegensatz zu einander brachte. Dieser Artikel hat den Zorn der „Nord. Allg. Blg.“ in so hohem Grade erregt, daß sie in ihm den unumwundenen Ausdruck der vollen Kriegs-Erläuterung der nationalliberalen Partei gegen den Fürsten Bismarck erblickt. Die „Kreuz-Zeitung“, die jetzt wieder mit dem Reichskanzler ein Herz und eine Seele ist, eignet sich die Replik der „Norddeutschen“ an und sagt aus dem Eigenen hinzu: „Wir unsererseits würden es lebhaft bedauern, wenn sich das Gerücht bestätigen sollte: die Inschriften entstammt, deren Beruf, zumal jetzt, sicherlich andere Pflichtaufgaben mit sich bringt, als die Förderung liberaler Parteiinteressen.“ Was das für „Kreise“ sind, darüber gehen die Ansichten hier auseinander. Während die Einen die beiden noch halbwegs liberalen Mitglieder des Ministeriums, Falk und Friedenthal, darunter verstehen wollen, beziehen die Anderen, und vielleicht mit größerem Rechte den Ausdruck auf die Umgebung des Kronprinzen.

[Das Bestinden des Kaisers] ist ein im Allgemeinen so befriedigendes, daß, wie das „D. M.-Blatt“ mittheilt, der Kronprinz schon am Freitag mit Zustimmung der Aerzte dem Kaiser über die

während der Stellvertretung durchgeföhrten Maßregeln, namentlich über die Auflösung des Reichstages, Vortrag halten und die Ansicht des Kaisers darüber einholen konnte. Über die Reisedispositionen des Kaisers ist übrigens, wie wir bestimmt mittheilen können, noch gar nichts festgesetzt. Die Aerzte beschäftigen sich zwar mit der Frage, wohin sie dem hohen Patienten zu geben empfehlen wollen, sie sind indeß bisher nur zu dem negativen Resultate gekommen, ihm nach gewissen Badeorten, namentlich nach Leipzig, nicht zu senden. Damit zerfällt auch die von „H. C. B.“ gebrachte Nachricht von der beabsichtigten Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und Deutschland in Leipzig in sich selbst. — Die „B. M.-Blg.“ bringt folgende, von ihr als authentisch bezeichnete Mitteilungen: Seit Mitte der vorigen Woche sind die Aerzte von der Hoffnung durchdrungen, den Kaiser völlig herstellen zu können und zwar in verhältnismäßig nicht zu ferner Zeit. Man hat am Sonnabend dem Kaiser den Verband des linken Armes abgenommen und ist mit den Resultaten des Heilverfahrens durchaus zufrieden. Ganz gewiß ist es von besonderem Belang, daß auch die Stimmung des Kaisers eine gehobenere und oft heitere ist.

[Fürst Bismarck] soll die Absicht geäußert haben, falls es irgend der Verlauf seiner Badeuren gestatte, der bevorstehenden Reichstagsession persönlich anzuwohnen.

[Bundesrath.] In der letzten Sitzung des Bundesraths wurden mehrere vom Präsidium vorgelegte Entwürfe von Gesetzen für Elsass-Lothringen, betreffend a. die Kreise, b. die Kreisstrafen und Gemeindewege und c. die Unterhaltung und die Verwaltung der öffentlichen Schulen, theils unverändert, theils mit geringen Modifizierungen genehmigt.

[Wirtschaftliche Vorlagen an den nächsten Reichstag.] Das „D. M. B.“ schreibt: In den letzten Sitzungen des Staatsministeriums hat dasselbe sich nicht allein mit Vorlagen gegen socialdemokratische Ausschreitungen, sondern auch mit Besprechungen darüber beschäftigt, welche wirtschaftlichen Vorlagen wohl dem Reichstage unterbreiten sein dürften. Es handelt sich dabei keineswegs um Steuer- und Zollfragen, — denn damit wird sich der Reichstag in seiner nächsten Session wohl kaum zu befassen haben, — sondern um eine weitere Revision der Gewerbeordnung, um eine Änderung des Freizeitgesetzes etc. Sicher ist, daß dem Reichstage wiederum das in der letzten Session unerledigt gebliebene Gesetz wegen Beschränkung des Schankconcessionswesens vorgelegt werden wird. Ob dem Reichstage auch eine Vorlage wegen Revision des Wahlgesetzes zu machen sei, darüber schwelen im Ministerium noch die Verhandlungen.

[Aus dem Handelsministerium.] Die von der preußischen Regierung beabsichtigte Errichtung eines Eisenbahministeriums ist bis auf Weiteres aufgegeben. In Wahrheit, sagt die „D. M. B.“, existirt aber bereits dieses Eisenbahministerium bei uns, indem Herr Maybach seine ganze Thätigkeit ausschließlich der Eisenbahnabteilung des Handelsministeriums widmet; seit seinem kurzen Amtsauftreten hat Herr Maybach mehr Verfügungen, als die Eisenbahnabteilung betreffend, meist praktischen Inhalts, erlassen, als Herr Achenbach während seiner ganzen Amtsverwaltung. Die übrigen Abteilungen des Handelsministeriums werden von den betreffenden Ministerial-Directoren fast selbstständig verwaltet. Es heißt, Herr Maybach werde dem Landtag in seiner nächsten Sess. einige wichtige Vorlagen machen. Ob derselbe vor den Landtag mit Vorlagen treten wird, welche den Anlauf von Privatbahnen durch den Staat beenden, darüber ist Bestimmtes noch nicht entschieden, doch wird Herr Maybach sicherlich in dieser Richtung nicht eher vorgehen, als bis es ihm gelungen sein wird, mit der Landtagsmajorität in diesen Dingen Fühlung zu nehmen.

[Eine Regierungspartei.] Die letzten Tage haben unzweideutig erkennen lassen, daß es mit dem gegenwärtigen Wahlkampfe auf die Bildung einer großen Partei abgesehen ist, die sich ohne Bedingung in den Dienst der Regierung stellt. Die halbmäßige „Provinzial Correspondenz“ hat die Überzeugung gewonnen, daß das deutsche Volk die „Ziele und Wege“ der Regierung billigt, mißhin kann es sich jetzt lediglich darum handeln, eine Volksvertretung nach Berlin zu entsenden, deren überwiegende Mehrheit die Regierung in der Verfolgung dieser Ziele und Wege ohne Bedenken unterstützt. Das ministerielle Organ wünscht zu diesem Zwecke sogar das System der offiziellen Candidaturen in Anwendung gebracht zu sehen, indem es zwar nicht von der Regierung selbst, wohl aber von dem „ersten Freunde“ derselben die ausdrückliche Bezeichnung der Kandidaten verlangt, welche für jene Unterstützung die genügende Bürgschaft bieten. Ob sich die „Prov.-Corr.“ demnächst vielleicht ihrerseits als einer dieser „ersten Freunde“ entpuppt, wollen wir abwarten. Über das System selbst entnehmen wir dem Organ der Berliner Hosprediger, der „N. C. Kirchen-Zeitung“, folgende treffende Beurtheilung: „Wir befürchten davon eine Abnahme der politischen Charakterfestigkeit und Gewissenhaftigkeit, an denen wir schon jetzt keinen Überfluss haben. Das System ist für Conservativen und Liberale gleich förend, es erzeugt gar zu leicht ein Streberthum voll Egoismus und Heuchelei.“ Die Worte sind hart, aber wahr. So oft bei uns der Gedanke einer Regierungspartei auftaucht, wird auf das Beispiel Englands hingewiesen, wo jedermann es selbstverständlich finde, daß die Majorität des Parlaments der Führung der Regierung widerstandlos folge. Wir könnten sagt die „N. C. C.“ die Nachahmung dieses Beispiele bereits accipieren, wenn auch die Voraussetzung, daß die Regierung eben aus den Führern der Majorität gebildet wird, zugestanden würde. Diese Voraussetzung aber ist es grade, was dieselben Leute, welche uns die Nothwendigkeit einer Regierungspartei demonstriren, aus Leibeskästen zurückweisen.

[Verheizungs-Versuche.] Die Partei-Correspondenz der Nationalliberalen schreibt: Die „Post“ bringt in Bezug auf die Berliner Wahlbewegung die Mitteilung eines „Nationalliberalen“, daß auf allen Seiten des Vertrauensmännerkörpers der Partei die heftigste Abneigung der Fortschrittspartei gegenüber herrsche. Diese Nachricht ist zum mindesten ungenau. In den Versammlungen, die bisher stattfanden, sind definitive Beschlüsse nicht gefaßt; die überwiegende Mehrzahl der Redner sprach sich jedoch mit Entschiedenheit für das Zusammengehen aller Liberalen aus. Dies gilt sowohl von einer Versammlung der sechs Vorstände aus ganz Berlin, wie von Versammlungen der Obmänner im ersten und zweiten Bezirk.

[Das sozialdemokratische Central-Wahl-Comitee] ist nun auch mit einer Kundgebung hervorgegetreten, die keinen programmatischen, sondern einen rein agitatorischen Charakter hat. Dieselbe lautet:

An die sozialdemokratischen Reichstagswähler.

Parteigenossen!

Wie Euch bekannt ist, finden die Reichstagswahlen am 30. Juli statt. Zur Wahlagitation verbleibt uns daher nur eine kurze Frist. Je kürzer nun die Frist, um so lebhafter und energischer müssen diesmal die Anstrengungen sein, welche auf die Förderung der Sache des arbeitenden Volkes, die eins ist mit der Sache der Sozialdemokratie, gerichtet sind.

Warum der Reichstag aufgelöst worden ist — Ihr wißt es. Die Regierung will einen Reichstag zur Niederwerfung der Sozialdemokratie, zur Schaffung von Ausnahmegerichten gegen die Arbeiterbewegung, zur Bewilligung neuer und hoher Steuern, zur bedingungslosen Erneuerung des in

zwei Jahren ablaufenden eisernen Militäretats, zur Verschärfung der Ver eins- und Verfammlungsgesetze und des Preßgesetzes, überhaupt zur Stärkung der Reaction, zur Vernichtung des allgemeinen gleichen Wahlrechts.

Dieses Vorgehen suchen unsere Feinde dadurch zu rechtfertigen, daß sie die deutsche Socialdemokratie für die von zwei wahnwitzigen Menschen an dem 81jährigen deutschen Kaiser verübten Attentate verantwortlich machen — die deutsche Socialdemokratie, welche grundsätzlich jeden Mord verabscheut und erwielenermächtigt mit den beiden Verbrechern nichts gemein hat.

Den Attentaten auf den Kaiser soll eine Reihe von Attentaten auf eine große politische Partei: auf die socialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands folgen.

Das Volk soll nur nach Vorschrift denken, es soll trotz des herrschenden Notstandes Jahr für Jahr mehr Steuern zahlen, es soll ohne zu zuden die drüden Militärlasten auf sich nehmen und schließlich alle seine politischen Rechte an Dienstleistern abtreten, von denen es jetzt schon auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete vollständig beherrscht wird.

Wie dieser Vernichtungskampf gegen die Socialdemokratie in seinen Einzelheiten geführt werden soll, darüber sind die Feinde der Socialdemokratie zwar nicht in jedem Punkte, aber doch in der Hauptsache eins. Allerorts und von allen volksfeindlichen Parteien ist die Lösung ausgegeben: Nieder mit der Socialdemokratie, nieder mit der Arbeiterbewegung, nieder mit den Rechten des arbeitenden Volkes!

Ob Conservative, Nationalliberale oder Fortschrittsler — dieser Parole stimmen sie sämmtlich zu.

Was bleibt nun zu thun? Gestützt auf das Parteidokument und getreu unserer alten Taktik halten wir fest an dem Grundsatz:

Einer für Alle, Alle für Einen!

Niemals mehr als gegenwärtig haben wir dies nötig. Wir erwarten von Euch, daß Ihr einmütig, furchtlos und prinzipiell in den Wahlkämpfen eintrete — einmütig, um zu siegen, furchtlos, um zu siegen, prinzipiell, um zu siegen.

Und dieser Sieg bedeutet die politische und sociale Gleichberechtigung, die ökonomische Befreiung des arbeitenden Volks.

Unsere Partei, die Partei der Kleinbürger, Bauern und Arbeiter, ist noch jung, ihre Mittel sind gering. Um diese Mittel wirksam zu verwerten, müssen wir sie auf wenige Wahlkreise konzentrieren. Nicht auf Hunderttausende von Stimmen kommt es bei dieser außerordentlichen Wahl an, sondern darauf, daß die Zahl der am 10. Januar 1877 gewählten socialdemokratischen Abgeordneten zum mindesten erreicht wird.

Wie groß die Partei ist, das hat uns der letzte Wahlkampf gezeigt; wie widerstandsfähig die Partei in schwerer Zeit sein kann, das soll uns der 30. Juli sagen.

Die Wahlkreise, in welchen die Partei mit aller Kraft vorgehen muß, sind folgende:

Altona. Barmen-Eberfeld. Berlin IV. und VI. Kreis. Borna-Began. Breslau I und II. Chemnitz. Crimmitschau. Dresden (5. sächs. Wahlkreis). Freiberg-Deuben. Glauchau. Gotha. Greiz. Hamburg I und II. Hanau. Kiel. Leipzig-Land. Mittweida. Nürnberg. Offenbach a. M. Ottensen. Reichenbach i. B. Reichenbach-Neurode. Solingen. Stollberg-Waldenburg i. Schl. Zschopau.

Die Socialdemokratie aus dem Reichstage zu verdrängen, ihr die Tribune des obersten Gesetzgebungsorgans zu verschließen — das ist das ausgesprochene Ziel aller reactionären Parteien, das wird schwamlos von ihnen erstrebt mit den niederrangigen Mitteln der Lüge und Verleumdung.

Um so mehr ist es Ehrenfahrt unserer Partei, in vorbenannten Kreisen zu siegen oder doch mit großer Stimmenzahl aufzutreten.

Jeder von Euch handle darnach!

In den anderen Wahlkreisen geht überall da agitatorisch vor, wo sich dies, wie in Städten und industriellen Gegenden, ohne große Mühe und Kosten thun läßt. Zur völligen Enthaltung in der Wahlagitation raten wir Euch, in jenen Kreisen, wo die Agitation sehr erschwert ist, viel kostet und wesentliche Erfolge nicht verspricht. Mit dem Vertheilen und Abgeben von Stimmzetteln, lautend auf den Namen irgend eines bekannten Parteidokumentes, ist in solchen Kreisen genug geschehen.

In allen vorstehend nicht namentlich erwähnten Kreisen muß möglichst viel Geld gespart und für die ausgewählten 30 Kreise an die Centralkasse zu Händen des mitunterzeichneten Geib eingeschickt werden.

Ohne Opfer kein Sieg!

Das in der jetzigen Jahreszeit und angesichts der Verfolgungen, welche

unsere Partei heute mehr denn je zu ertragen hat, Flugblätter zur Agitation meistens geeigneter sind, als Versammlungen, wollen wir schließlich nur andeuten.

Endlo ist es wohl kaum möglich, auf das rechtzeitige Einschicken und Brüten der Wahllisten, welche gerade begläufig der seit 1877 wahlberechtigt gewordenen Wähler und der Lohnarbeiter überhaupt mangelhaft ausfallen dürften, hinzuweisen. Nur Diejenigen können wählen, welche in die Wählerräte aufgenommen sind.

Parteidokument! Die Zeit drängt, darum frisch ans Werk.

Der 30. Juli wird ein Wendepunkt sein in der Geschichte unseres Volkes. Sorgt dafür, daß er ein Tag des Triumphs werde und nicht ein Tag der Schmach. Ermahnt die Wähler, ermahnt das ganze Volk, gegen die heranfluthende Reaction, welche zu dem wirtschaftlichen Notstand gern noch einen frischen politischen Notstand gesellen möchte, in geschlossenen Reihen Front zu machen. Benutzt die herrschende Aufregung im guten Sinne, den Gegen zu verschämen, der Socialdemokratie zur Ehre. Genossen! Wir kennen Eure altbewährte Opferwilligkeit — auf zur Agitation!

Hamburg, 20. Juni 1878.

Das Central-Wahlkomitee der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

C. Verossi, Holzdam 42. A. Geib, Königsmarkt 12.

Altona, 21. Juni. [Die vereinigten liberalen Parteien]

haben mit großer Majorität die Ausstellung Karstens acceptirt.

Leipzig, 22. Juni. [Zusammengehen der Fortschritts- und der nationalliberalen Partei.] Die „Deutsche Allgem. Zeitung“ veröffentlicht eine gemeinsame Erklärung der der Fortschritts- und der nationalliberalen Partei angehörigen Mitglieder des Landtags bezüglich Zusammengehens bei den Reichstagswahlen. Ein ähnliches Compromiß ist mit den Conservativen angebahnt. In dem Leipziger Landkreis findet heute eine Besprechung statt wegen Aufstellung gemeinsamer Kandidaten aller Parteien gegenüber den Socialisten. Als Reichstagscandidat für Leipzig ist dessen seitheriger Vertreter, Bürgermeister Dr. Stephani, aufgestellt worden.

Wiesbaden, 21. Juni. [Landes-Versammlung der liberalen.] Laut einer von Dr. Petri, Schenk und Scholz unterzeichneten Bekanntmachung wird die „zum Zweck der Herbeiführung eines einigen Zusammengehens aller liberalen Wähler bei den bevorstehenden Reichstagswahlen“ projectierte Landes-Versammlung am 30. Juni in Ditz zusammentreten.

## Frankreich.

Paris, 20. Juni. [Die Revue. — Angebliches Manifest des Erbprinzen von Hannover. — Von der Ausschlüfung.] Das Wetterglück der französischen Republik wird noch sprichwörtlich werden. Gegen alles Erwarten hat sich heute vor der Revue der Himmel aufgelöst und das militärische Schauspiel ward vom schönsten Sonnenschein begünstigt. Von 11 Uhr Morgens an begab sich zu Fuß und zu Wagen eine ungeheure Menschenmenge in das Bois de Boulogne. Die Aufstellung der Truppen war um 2 Uhr vollendet und um  $\frac{1}{2}$  Uhr begann die Revue. Die Truppen defilirten ihrer Consigne gemäß ohne einen Ruf auszustoßen, aber im Publikum erschollen unaufhörliche Rufe „Vive la République!, worauf die sehr zahlreichen Fremden mit Vive le France! antworteten; hier und da wurde auch Vive le Maréchal! gerufen. Es herrschte großer Enthusiasmus und die Menge schien von der Haltung der Truppen sehr erfreut. Neben Einzelnes wird indeß noch zu berichten sein. — Nach dem „Temps“ hat der Sohn des verstorbenen Königs von Hannover die Absicht, ein Manifest an die europäischen Mächte zu richten, worin er seine Rechte auf den hannoverischen Thron aufrecht halten will. — Wir haben von einem bedauerlichen Vorfall zu melden. Die französischen Mitglieder der Ausstellungskommission für die schönen Künste haben gestern das

Musik die rein menschlichste Kunst sei, wies er darauf hin, wie jeder Einzelne die Wahrheit dieses Spruches schon an sich selbst empfunden und dem, was das Herz bewegt, unwillkürlich in Tönen Ausdruck gegeben habe. Ähnlich haben andere Denker und Dichter über die Musik geurtheilt; Börne nennt sie „ein Gebet“, Zschokke ein geistig himmlisches Bad, in das die Seele untertaucht, Seume endlich den Schlüssel zum weiblichen Herzen. Sei nun von dem Wesen der Musik, wie es in diesen Aussprüchen charakterisiert ist, ein Schlüß auf Diejenigen, gestattet, welche es als ihren Lebensberuf ansehen, die Kunst der Musik zu pflegen, so seien diese Künstler und Künstlerinnen die besten Menschen! Und in der That finde man gerade bei den Musikern geistige Frische und Liebenswürdigkeit, daß man wohl behaupten dürfe, die Musik mache geistig und körperlich gesund. Die heute hier verweilenden Künstlerinnen und Künstler aber seien in ganz besonderem Maße gute Menschen und ihnen bringe er ein Hoch. In freundlichen Worten gedachte dann Graf Hochberg der Perle der Oberlausitz, der Stadt Görlitz, die für das dritte Schlesische Musikfest so entgegenkommende Haltung gezeigt habe und zugleich Dertzenigen, welche sich um Beseitigung der mannigfachen Schwierigkeiten verdient gemacht hätten.

Der Stadtverordneten-Vorsteher Halberstadt erwiderete darauf, daß nicht Graf Hochberg der Stadt, sondern die Stadt Görlitz dem Grafen Hochberg zu Dank verpflichtet sei, ihm dem künstlerbegeisterten Manne, welcher als die Seele der schlesischen Musikfeste anzusehen sei, dieser Feste, welchen ein ehrenvoller Platz in der Geschichte der Musik gesichert sei. Ihm brachte er ein Hoch aus.

Hier anknüpfend, toastete Bürgermeister Minzlaß auf den Atlas der Schlesischen Musikfeste, den ebenso einsichtsvollen, als liebenswürdigen und dabei energischen Musikkirector Deppe, und ein musikalisch hoch legte ein schlagendes Zeugnis dafür ab, welche Sympathien dem verdienten Dirigenten des Festes von allen Seiten entgegen getragen werden.

In einer ebenso warmen Ovation gab ein Toast des Musikkirectors Klingenberg auf den Komponisten des Oratoriums Christus, Professor Fr. Kiel, Anlaß. Der geniale Komponist, welcher seit einigen Tagen in unserer Mitte weilte, um bei dem Einstudiren seines Hauptwerkes mit seinem Rathe Beifall zu leisten, sandt in Klingenberg einen enthusiastischen und bereiten Herold seiner Verdienste und seines Meisterwerks das wie ein Feuer im Strome ewig stehen werde. Der Schwierigkeiten gedenkend, welche das Einstudiren des Werks den Mitwirkenden bietet, bezeichnete Klingenberg unter dem stürmischen Jubel der Anwesenden die Aufnahme, welches das Oratorium bei den Sängern und Sängerinnen findet, mit den drastischen Worten: „Erst schmecken sie es, und wenn sie erst einmal davon geschmeckt haben, dann wollen sie es!“

Einen Toast des Hauptmanns Rudolph aus Hirschberg auf das Local-Comite beantwortete Dr. Freund in einem humoristischen Toaste, in dem er unter geistvoller Verwendung von Citaten aus den „Kranichen des Jöbels“ und unter geschickter Benutzung der Lexikwörter und Titel einiger hervorragender Musiksäule, deren Aufführung bevorsteht, dem Central-Comite ein Hoch ausbrachte. „Meister sei, wer was erfann!“ sage der Dichter. Nun wohl, den Gedanken, unsere Provinz auch noch mit dem Kranze zu schmücken, den sie bis vor wenigen Jahren habe entbehren müssen, die Musikfeste ins Leben zu rufen, habe das Central-Comite ersonnen. „Geselle, wer was kann!“ Wenn das können nicht zu sehr hinter dem Wollen zurücksteht, würden sie sich gern als die Gefallen jener Meister bekennen. Lehrling — Sedermann! Und fort und fort zu lernen, jenen Geist des

vollen Maß ihres Eigennutzes, ihrer Ungeschicklichkeit gegeben. Man weiß, wie sie mit ihren einheimischen Künstlern umgegangen sind. Von den jüngeren Künstlern haben nur diejenigen in der Weltausstellung Ausnahme gefunden, die zu einem der Juraten in persönlicher Beziehung gestanden. Die Herren Juraten, selbst Maler, haben für ihre Bilder und für die Bilder ihrer Schüler oder Freunde allen Platz in Anspruch genommen und während ein Cabaret, ein Bouguereau 20 und mehr Bilder ausstellt, bleiben sehr verdiente Künstler, die nicht zu der Coterie gehören, ganz ausgeschlossen. Jetzt zeigen die Herren ihre Höflichkeit auch den fremden Künstlern gegenüber. In der gestrigen Verhandlung der Jury beschloß man nämlich, vier Ehrenmedaillen an französische Maler und nur vier an die Maler aller fremden Nationen zusammengekommen zu verteilen. Das wurde denn doch auch den anständigen Franzosen zu viel. Hebert protestierte entsetzt, Jules Breton erinnerte an die Pflichten, die man den auswärtigen Künstlern gegenüber zu beobachten habe. Aber die Mehrheit hielt an ihrem Besluß fest. Darauf erklärten Breton und Hebert, Bonnat, Laurens und Delaunay, daß sie an den Belohnungen keinen Anteil haben wollten. Mehrere auswärtige Maler, der Engländer Leighton und sein Landsmann Armitage, der Österreicher Pattini, der Russ Bogoloff, die Holländer Stortenbecker und Rodoss, der Däne Froelich, folgten diesem Beispiel.

## Großbritannien.

A. A. C. London, 21. Juni. [Zu den Entschlüsse des „Globe“ über das russisch-englische Separatbünden.] Ein gewisser Herr Alexander Rumer gibt in einem Briefe an den „Standard“ einige Andeutungen über die Art und Weise, wie der „Globe“ in den Besitz des samischen englisch-russischen Uebereinkommens gelangt sein dürfte, dessen Veröffentlichung den Freunden des Ministeriums so viel Herzleid und Verlegenheit bereitet hat. Herr Rumer, eine nebenbei gesetzte in diplomatischen und journalistischen Kreisen gleich unbekannte Persönlichkeit, erklärte in der Einleitung seines Briefes, daß er Ausländer, aber zugleich ein aufrichtiger Bewunderer englischer Institutionen sei. Auf den eigentlichen Zweck seines Briefes übergehend, erzählte er, daß er am 23. Mai ein Privatschreiben einer „russischen hohen diplomatischen Persönlichkeit“ erhalten habe. Jener Brief, welcher sich noch in seinem Besitz befindet, erschuf Herr Rumer sich an einem gewissen Orte, in einer sehr wichtigen und dringenden Angelegenheit ein aufzufinden. Herr Rumer folgte dem Rufe, er wurde von einem Herrn empfangen, der wie ihm mitgetheilt wurde, der Privatschreiber eines der gegenwärtig in Berlin tagenden auswärtigen Bevollmächtigten war. Nachdem Herr Rumer unverhülltes Schweigen zugesagt, wurde ihm das seitdem vom „Globe“ veröffentlichte englisch-russische Uebereinkommen mit der Erklärung übergeben, daß dasselbe am 24. Mai vom Grafen Schwalow und Lord Salisbury unterzeichnet werden sollte, jedoch nur ad referendum, da es dem am 25. Mai abzuhaltenen Ministerrat vorgelegt werden mußte. Da es aber als wünschenswert erscheine, daß das Uebereinkommen am Abend des 25. Mai in einer Londoner Zeitung erscheine, so wende man sich an Herrn Rumer mit der Frage, was er in der Angelegenheit thun könne. „Times“ und „Standard“ wurden als die geeigneten Organe zu diesem Zwecke bezeichnet. Herr Rumer wies den Vorwurf mit Entschiedenheit zurück; er weigerte sich ein für allemal in der entschiedenen Weise irgend etwas mit der Sache zu thun zu haben. Der Privatschreiber des auswärtigen Bevollmächtigten ließ sich jedoch von weiteren Ver suchen nicht abschrecken und scheint kurz darauf mit einem „willigen Instrument zusammengetroffen“ zu sein und „wir kennen das Resultat.“ Wo steht nun der Schuldige? Wo ist ferner der auswärtige Botschafter und wie kam er auf den Gedanken sich der Beihilfe des Herrn Rumer zu verschaffen? Leider erläßt Herr Rumer, daß ihm Schweigen auferlegt sei und er keine Erklärungen abgeben können. Sollte es Schwalow sein und die angebliche Untersuchung in unserem Auswärtigen Amt eine überflüssige sein? Bis jetzt ist das Geheimniß noch nicht aufgeklärt. Die Mittheilungen des Herrn Rumer machen uns um nichts wiser, als wir zuvor gewesen.

[Der Rath des Internationalen Arbeiter-Verbandes] hat, wie der „Times“ mitgetheilt wird, in seiner letzten Sitzung nachstehende Schönen, Bahren und Guten in sich aufzunehmen, welchen die edle Musik in unseren Herzen wecken und pflegen will, indeß sich jeder Mann befreien.

In kurzen Worten gedachte endlich noch der Vorsthende des Local-Comites, Bürgermeister Minzlaß, der Damen, als der geduldigsten und treuesten Pflegerinnen der Musik, welche selbst vor einer Penelope-Arbeit nicht zurückstehen. Die Stimmung, die schon bald nach Beginn der Tafel eine recht gemütlich geworden war, hielt bis zu Ende an, und das wurde Anlaß, daß auch nach offizieller Aufhebung der Tafel ein sehr großer Theil der Festgenossen zusammenblieb, um den trefflichen 1868er Marcobrunner Auslese zuzuhören.

Heute früh nach Beendigung des Gottesdienstes wurde auf dem Obermarkt die angekündigte Dankfeier abgehalten. Der Markt bildet ein längliches Bieretk von solcher Größe, daß während des Krieges von 1866 mehrmals vier Bataillone mit vollem Train auf ihm bequem Aufstellung nehmen konnten. Die originellen Thürme an dem oberen und unteren Ende des Platzes, der Reichenbacher Thurm und der schlante Mönch verschönern den Platz, der, umgeben von reich bestaggten Häusern, deren Fenster dicht mit Zuschauern besetzt waren, und bedeckt von einer festlich gekleideten Menge, einen imposanten Anblick darbot. Um 11 Uhr rückten in den freigelassenen Raum, um den die gesammte Garnison in Paradekleidung Aufstellung genommen hatte, die Militärveterane und Turnvereine ein und umschlossen in einem großen Bieretk den mittleren Raum, der die mitwirkenden Sängerinnen und Sänger, die Musiker und hinter einer dort improvisirten Tribüne die Behörden, die Comitemitglieder, sowie das Offiziercorps aufnahm. Mit dem Schlage  $\frac{1}{2}$  12 Uhr bestieg nach einer Fanfare Lehrer Wannack aus Görlitz die schmucklose Tribüne und verlas mit kräftiger Stimme einen von Max Kalbeck in Breslau gedichteten schwungvollen Prolog, welcher mit der Strophe anfängt und endet:

Schwingt die Zweige, vom Sommer umlaubt,  
Jauchzet und laßt die Drommeien ertönen,

Unser Kaiser geballtes Haupt

Mit unendlichem Jubel zu krönen.

Erhebt den Gesang!

Ein guter Klang

Wird all' Leiden und Trauern versöhnen!

Hinweisend auf den Gesang von M. Luther's gehärtigtem Liede hieß es, nachdem der Entrüstung über den Frevel gegen den Kaiser Ausdruck gegeben war:

Laßt Frau Musica diesen Ton

Nur in Euer Gedächtnis schreiben

Und nicht lange mehr Spott und Hohn

Werden sie mit dem Ewigem treiben!

Sie fahren dahin

Und haben kein Gewinn:

Kaiser und Reich muß uns doch bleiben.

Kaum war der Vortrag dieses Prologs beendet, als L. Deppe die Tribüne bestieg und die Klänge von „Ein feste Burg ist unser Gott“ unter Begleitung von Blechinstrumenten erschallten. Ihm folgte rasch Mozart's Hymne mit untergelegtem Text:

Hörte unser Fleben, neige

Gnädig uns Dein Antlitz zu!

Dankt, höchster Herrscher, Dir

Zu Dir Dank und Bitte steige,

Laufend Herz; Dich erheben

Aller kön'ge König Du. O Herr Gott, Dich loben wir.

Den Schluß bildete ein von J. H. Franz bearbeiteter älterer Choral: „Nan lob mein' Seel' den Herrn“. Nun bestieg Prinz Reuß die Tribüne und brachte ein Hoch auf den Kaiser aus, in das die versammelte Volksmenge enthusiastisch dreimal einstimte. Hierauf intonirte die Musikkapelle „Heil dir im Siegerkrantz“, das von den Tausenden mitgesungen wurde — ein würdiger Schluß der schönen Feier.



